

10. September 2022

PDF-Darstellung der Meldung auf
www.emk.de vom 10.09.2022



Die 11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen ist Geschichte. Die Delegation der Evangelisch-methodistischen Kirche bestand aus dreizehn Personen. Von links (L = auf Laiendelegation; P = pastorale Delegation): Byrd Bonner (L, Texas/USA); Bischof Harald Rückert (P, Berater der Delegation, Deutschland); Bischof Gaspar Domingos (P, Angola); Pastorin Ann Jacob (L – zwischenzeitlich im pastoralen Dienst, Jugend, Washington/USA); Paul Gomez (L, Jugend, Arizona/USA); Bischöfin Mary Ann Swenson (P, stv. Vorsitzende des vorigen ÖRK-Zentralausschusses, Kalifornien/USA); Pastor Joshua Swanson (P, Georgia/USA); [John Wesley ☺]; Pastorin Dr. Jean Hawxhurst (P, Beraterin der Delegation, Kentucky/USA); Bischöfin Sally Dyck (P, Ökumenebeauftragte des Bischofsrats, USA); Pastorin Jessica Lowe (P, Jugend, Louisiana/USA); Pastorin Sarah Bach (L – zwischenzeitlich im pastoralen Dienst, Jugend, Schweiz); Roland Fernandes (L, Georgia/USA); Pastorin Dr. Connie Mella Semy (P, Philippinen).

Bildnachweis: Klaus Ulrich Ruof, EmK-Öffentlichkeitsarbeit

Christi Liebe drängt zur Solidarität

Das für Deutschland einmalige Weltökumenetreffen ist Geschichte. In Karlsruhe wird alles abgebaut. Wo das nächste Treffen stattfindet, ist noch offen.

Die 11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) ist Geschichte. Neun Tage lang, vom 31. August bis zum 8. September tagte sie in Karlsruhe und damit in der über 70-jährigen Geschichte zum ersten Mal in Deutschland. Am Schlußtag der Veranstaltung verabschiedeten die Delegierten zahlreiche Dokumente zu verschiedenen Themenbereichen, zu denen in den Tagen zuvor verschiedene Gremien getagt hatten und in Plenumsveranstaltungen Anmerkungen und Fragen eingebracht wurden, die in die Schlusdokumente eingearbeitet wurden. Mit einem Gottesdienst endete die Tagung. Der nächste Versammlungsort steht noch nicht fest.

Die Einheit ist in der Liebe Christi verankert

In einer Botschaft zum Abschluss der Karlsruher Tagung riefen die Delegierten am zurückliegenden Donnerstag zur »Heilung unseres lebendigen Planeten« auf. »Wir werden die Kraft zum Handeln aus

einer Einheit schöpfen, die in der Liebe Christi verankert ist«, heißt es in der Botschaft mit dem Titel »Ein Aufruf zum gemeinsamen Handeln«. Ziel sei es, Frieden zu schaffen und zu bewahren. Damit knüpfte die Botschaft an Texte der Vollversammlungen von 1948 in Amsterdam und 1975 in Nairobi an.

Im Text der Botschaft wird vor Katastrophen gewarnt, die direkt auf eine verantwortungslose und zerbrochene Beziehung mit der Schöpfung zurückgingen und zu ökologischer Ungerechtigkeit und der Klimakrise geführt hätten. In dem Maße, in dem der Klimanotstand Fahrt aufnehme, vergrößere sich auch das Leiden von mittellosen und an den Rand gedrängter Menschen. Bezugnehmend auf das Thema der Vollversammlung, »Die Liebe Christi bewegt, versöhnt und eint die Welt«, betonten die Delegierten, dass die Liebe Christi sie dazu dränge, in Solidarität vor Gott zu treten und »gemeinsam zu handeln und für Gerechtigkeit einzutreten«.

Denkt nicht nur an die Ukraine!

Schon vor dem Beginn der Vollversammlung war einer der Streitpunkte die Teilnahme einer Delegation der Russisch-orthodoxen Kirche, die immerhin die größte der 352 Mitgliedskirchen des Weltkirchenrats ist. Vor der Vollversammlung wurde mehrfach deren Ausschluss gefordert. Die erhoffte dialogische Begegnung der Delegationen der Russisch-orthodoxen Kirche und der sich von ihr lösenden Orthodoxen Kirche der Ukraine kam in den Tagen von Karlsruhe nicht zustande.

Hinter den Kulissen der Veranstaltung habe die ÖRK-Leitungsebene mit beiden Delegationen Kontakt gehabt, was quasi »eine Art indirekter Dialog« war, erklärte der geschäftsführende ÖRK-Generalsekretär Ioan Sauca auf der abschließenden Pressekonferenz. Bei kritischen politischen oder kirchlichen Auseinandersetzungen gebe es »eine Bandbreite zwischen diplomatischen Verhandlungen und Schweigen«, erklärte Petra Bosse-Huber, die Auslandsbischöfin der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Für den Konflikt dieser Kirchen sei die Zeit in Karlsruhe »so irgendwie dazwischen gewesen«.

Die zu diesem Konflikt verabschiedete Erklärung unter dem Titel »Krieg in der Ukraine, Frieden und Gerechtigkeit in der Region Europa« verurteilt schlussendlich die »illegale und nicht zu rechtfertigende« russische Invasion in die Ukraine und erneuert den Ruf nach einem Waffenstillstand und den sofortigen Abzug russischer Truppen. Die Erklärung bekräftigt nachdrücklich und erneut die Formulierung, dass »Krieg mit der Natur Gottes unvereinbar ist«. Die »Weggemeinschaft der weltweiten Gemeinschaft von ÖRK-Mitgliedskirchen« stehe hinter den betroffenen Menschen. »Wir beten gemeinsam für alle Opfer dieses tragischen Konflikts in der Ukraine, in der Region und auf der ganzen Welt, dass ihr Leid ein Ende haben möge und sie Trost finden und ein sicheres Leben und Würde für sie wiederhergestellt werden möge.«

Zu Anfang der Vollversammlung hatten sich Delegierte aus anderen Teilen der Welt zu Wort gemeldet, dass die europazentrierte Betrachtung des Krieges zwischen Russland und der Ukraine die Wirklichkeit verzerre. Es sei verständlich, dass eine Erklärung dazu gefordert werde, allerdings gebe es noch andere Regionen und Kirchen in dieser Welt, die von massiven Auseinandersetzungen, Genozid und Verfolgung betroffen seien. Es sei dann nur folgerichtig, wenn der ÖRK auch dazu Erklärungen abgebe. Infolgedessen gab es weitere, kürzere Erklärungen zur Beendigung des Krieges und Friedensbemühungen auf der koreanischen Halbinsel, zu den Folgen des Nagorno-Karabach-Krieges von 2020, zur Situation in West-Papua und zum Syrisch-Aramäischen Genozid.

Eine Kompromissformel rettet die Erklärung zur Situation im Nahen Osten

Im Vorfeld zur Karlsruher Versammlung war der immer wieder dem ÖRK gegenüber geäußerte Vorwurf hochgekocht, im Nahost-Konflikt einseitig Partei für die Palästinenser zu ergreifen. Konkreter Anlass dafür waren Bestrebungen, aus der Vollversammlung heraus Israel zum Apartheid-Staat zu erklären. Der befürchtete Eklat blieb aus.

Das zum Abschluss verabschiedete Dokument formulierte einen noch mit heißer Nadel gestrickten Kompromiss: »In jüngster Zeit haben zahlreiche internationale, israelische und palästinensische Menschenrechtsorganisationen und juristische Gremien Studien und Berichte veröffentlicht, in denen die Politik und die Handlungen Israels als »Apartheid« im Sinne des Völkerrechts beschrieben werden.« Weiter ist dann davon die Rede, dass einige Kirchen und Delegierte nachdrücklich die Verwendung dieses

Begriffs unterstützten, da er die »Realität der Menschen in Palästina/Israel und die völkerrechtliche Lage zutreffend beschreibt«. Andere dagegen hielten ihn für »unangemessen, wenig hilfreich und schmerzhaft«.

Die EKD-Auslandsbischofin Petra Bosse-Huber hatte in der Diskussion der Erstfassung des Dokuments in einem leidenschaftlichen Appell »in aller Deutlichkeit« davor gewarnt, von Israel als einem Apartheidstaat zu sprechen. In einer schriftlichen Erklärung erklärte sie, dass diese tiefe Verbundenheit mit Israel für die deutschen Kirchen »ein kostbares und unverdientes Geschenk« sei, das »auf dem Boden unendlicher deutscher Schuld, auch der Mitschuld unserer eigenen Kirchen« entstanden war. Auf dem Hintergrund »dieser doppelten Solidarität mit Israel und Palästina werden wir auch in Zukunft zusammen mit unseren Geschwistern auf beiden Seiten des Konflikts für einen verlässlichen und gerechten Frieden im Nahen Osten kämpfen«.

Trotz der verabschiedeten Kompromissformel heißt es im Abschlussdokument auch, dass die israelischen Siedlungen im Westjordanland ein Hindernis auf dem »Weg zu einem gerechten Frieden« in der Region seien. Die sich ausbreitenden israelischen Siedlungen »in den besetzten palästinensischen Gebieten« seien »nach internationalem Recht illegal«. Die Ausdehnung der Siedlungen und die damit einhergehende verstärkte israelische Militärpräsenz hätten das Leid der palästinensischen Gemeinschaften vergrößert, da deren Ländereien und Besitztümer weiter beschlagnahmt worden seien und die systematischen Schikanen und Angriffe durch die israelischen Siedler zugenommen hätten.

Allerdings heißt es auch, dass die Situation für die palästinensische Bevölkerung durch die »schwerwiegenden Versäumnisse der palästinensischen Behörden, einschließlich der Repressalien gegen Oppositionsführer und des Mangels an rechtlicher und demokratischer Rechenschaftspflicht« noch verschlimmert werde.

Die Situation könne letztlich nicht mit Gewalt, sondern nur mit friedlichen Mitteln in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht gelöst werden. Dabei bekräftigte die ÖRK-Versammlung »den rechtmäßigen Platz des Staates Israel in der Gemeinschaft der Nationen und erkennen seine legitimen Sicherheitsbedürfnisse an«. Gleichzeitig wird »das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung« unterstrichen. »Wir sind der Überzeugung, dass nur durch ein Ende der Besatzung und eine gerechte, umfassende und dauerhafte Friedensregelung die Sicherheit sowohl der Palästinenser als auch der Israelis gewährleistet werden kann.«

Die Jugend begehrt auf

Angesichts der Festlegung von Größe und Zusammensetzung des aus 150 Personen bestehenden Zentralausschusses für die kommende achtjährige Periode beehrte »die Jugend« auf. Sie legten eine von 38 jugendlichen Vollversammlungsmitgliedern, darunter zwölf Delegierte und neun Berater, unterschriebene Erklärung vor. Als Angehörige der Generation, die von den aktuellen und kommenden Entwicklungen im Blick auf Klima und Gesellschaft betroffen ist, und im Blick auf die weltweiten Zahlen junger Menschen forderten sie deutlich mehr Beteiligung und Stimmen in diesem ÖRK-Leitungsgremium.

Kurzfristig und mit sofortiger Wirkung für die jetzige Zusammensetzung des Gremiums sei das nicht mehr möglich, erklärte Agnes Abuom, die Vorsitzende des Zentralausschusses. Sie sicherte aber zu, dass dieses Anliegen in den kommenden Beratungen des Zentralausschusses aufgenommen und für die künftige Zusammensetzung berücksichtigt werde. Entsprechend der Statuten könnten Änderungen aber frühestens bei der nächsten Vollversammlung beschlossen werden.



Die Jugend begehrt auf. Sie fordern für ihre Generation deutlich mehr Beteiligung im Zentralausschuss, dem höchsten ÖRK-Leitungsgremium. An drei Mikrofonen trugen sie ihr Anliegen vor, während andere junge Leute das Anliegen sichtbar unterstützten. Links außen die Schweizer EmK-Pastorin Sarah Bach, dritte von links die EmK-Pastorin Ann Jacob aus den USA. Bildnachweis: Klaus Ulrich Ruof, EmK-Öffentlichkeitsarbeit

Der sich mit Grundsatzfragen des ÖRK befassende Ausschuss stellte fest, dass die Jugend in allen Kommissionen, Ausschüssen, beratenden Gruppen und Referenzgruppen des ÖRK voll einbezogen werden muss, dass aber auch einige Mitgliedskirchen offensichtlich zögern, junge Menschen für den Zentralausschuss und andere Ausschüsse zu nominieren.

Demut und Dienstbereitschaft nach dem Vorbild Jesu

Der bereits im Juni dieses Jahres gewählte neue Generalsekretär wandte sich zum Schluss der Tagung mit einer Rede an die Mitglieder der Vollversammlung. Der aus Südafrika stammende Jerry Pillay, derzeit noch Dekan der Fakultät für Theologie und Religion an der Universität Pretoria, ist Mitglied der Presbyterianischen Unionskirche im südlichen Afrika. Der 57-Jährige wird am 1. Januar 2023 den geschäftsführenden Generalsekretär Ioan Sauca ablösen. Dieser hatte im April 2020 übergangsweise die vakante Position übernommen, weil der damalige Generalsekretär Olav Fykse Tveit zum Leitenden Bischof der Kirche von Norwegen ernannt worden war.

Pillay betonte seine Vision, dass die ÖRK-Mitgliedskirchen und deren Partner alle zusammenarbeiten, um der Welt »die frohe Botschaft von der Erlösung und dem Leben in Christus zu verkündigen«. Außerdem müsse der ÖRK weiterhin und noch viel mehr den »Stimmen der Marginalisierten und Vernachlässigten« Gehör verschaffen, damit nicht der wirtschaftliche Einfluss oder die Macht und Autorität einzelner Kirchen ausschlaggebend seien, sondern eine Kultur der Inklusion, Vielfalt und Gleichberechtigung geschaffen werde.

In Organisationen übernehmen normalerweise die Mächtigen das Kommando und die Kontrolle. Im biblischen Sinne müsse Demut und das Selbstverständnis Jesu, Diener zu sein, zum Vorbild genommen werden. Deshalb stelle er sich einen ÖRK vor, »der nicht nur sichere Räume schafft, sondern auch Räume, in denen Marginalisierte gleichberechtigt sind und in denen die Stimmen von Vernachlässigten von der Gemeinschaft gehört, geachtet und gewürdigt werden«.

Spaltungen entgegnet

Aus deutscher Sicht ist die Wahl von Heinrich Bedford-Strohm, dem Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, zum neuen Vorsitzenden des ÖRK-Zentralausschusses erwähnenswert.

Der 62-Jährige ist der erste Deutsche in dieser Funktion. »Die ökumenische Bewegung ist meine Leidenschaft«, sagte er zu dieser ihn ehrenden Aufgabe. Sein Ziel sei es, Spaltungen zwischen den Kirchen entgegenzutreten. Die Kirche müsse »Wege aus diesen Verhärtungen« finden. Allerdings dürfe das »nicht auf der Basis fauler Kompromisse oder Harmoniesucht« geschehen, sondern »auf der Basis unseres Glaubens an Jesus Christus«. Die Kirche könne nur dann Zeugnis von Jesus Christus ablegen, »wenn wir deutlich zeigen, dass wir in dieser globalisierten Welt eine Kirche sind«.

Fünfzehn Methodisten im ÖRK-Leitungsgremium

Dem 150-köpfigen Zentralausschuss gehören fünfzehn Personen aus der methodistischen Kirchenfamilie an, darunter zwei aus der Evangelisch-methodistischen Kirche: Bischöfin Sally Dyck, die Ökumenebeauftragte des internationalen Bischofsrats der EmK, sowie die in Edmonds im US-Bundesstaat Washington wirkende Gemeindepastorin Ann Jacob. Der Zentralausschuss ist das höchste Leitungsgremium des ÖRK in der Zeit zwischen den Vollversammlungen und tagt alle zwei Jahre. Er führt die von der Vollversammlung angenommenen Richtlinien aus, beaufsichtigt und leitet die Programmarbeit und beschließt den Haushalt. Die ÖRK-Vollversammlungen finden in der Regel alle acht Jahre statt. Wo die nächste Vollversammlung stattfinden wird, stand zum Ende der Karlsruher Tagung noch nicht fest.

Bei dem Karlsruher Ökumene-Gipfel hatten rund 3.000 Teilnehmer aus 120 Ländern vom 31. August bis zum 8. September neun Tage lang über die künftige Ausrichtung der Ökumene beraten. Der Ökumenische Rat der Kirchen ist eine Gemeinschaft von 352 Kirchen, die weltweit zusammen über 580 Millionen Christen vertreten. Die römisch-katholische Kirche ist nicht Mitglied, hat aber Beobachterstatus. Dieser größte ökumenische, weltweite Verbund hat seinen Sitz in Genf und wurde am 23. August 1948 in Amsterdam gegründet.

Weiterführende Links

Informationen zu Angeboten der EmK im Rahmen der ÖRK-Vollversammlung:
www.emk.de/meldung/oerk-2022

Botschaft der ÖRK-Vollversammlung: www.oikoumene.org/de/node/73244 (Englisch; deutsche Fassung liegt noch nicht vor)

Erklärung zum Ukraine-Krieg: www.oikoumene.org/de/node/73255 (Englisch; deutsche Fassung liegt noch nicht vor)

Erklärung zu Gerechtigkeit und Frieden im Nahen Osten: www.oikoumene.org/de/node/73252 (Englisch; deutsche Fassung liegt noch nicht vor)

Der Autor

Klaus Ulrich Ruof ist Referent für Öffentlichkeitsarbeit und Pressesprecher für die Evangelisch-methodistische Kirche in Deutschland mit Sitz in Frankfurt am Main. Kontakt:
oeffentlichkeitsarbeit@emk.de.